

Stadtverordnetenversammlung am 09.11.2010

Redebeitrag von Hannes Schiller zur Neustrukturierung der Abwassergebühren

Die Fraktion der Grünen unterstützt die Beschlussvorlage zur Neustrukturierung der Abwassergebühren und der Entwässerungssatzung.

Das ist ein Schritt in eine richtige und nachhaltige Richtung und belegt, dass die Stadt Solms in dieser Frage schon erheblich weiter gedacht - und hoffentlich auch handelt – als der Großteil der Nachbarkommunen.

Wir Grüne stellen fest, dass nach dieser jahrelangen Diskussion, die durch einen Antrag der Grünen im Jahr 2008 angestoßen und lange kontrovers geführt wurde, nun eine sachgerechte und ökologisch sinnvolle Gebührenaufteilung des Abwassers möglich wird.

Die Schmutzwassergebühr soll sinken, auf 2,71 Euro pro Kubikmeter Trinkwasser, die Gebühr für das Niederschlagswasser dagegen steigen auf 68 Cent pro Quadratmeter.

Wir Grünen hatten bei unserem Antrag zu einer neuen Gebührenstruktur vor allem 2 Argumente in den Mittelpunkt gestellt:

- Die bisherige Gebührenstruktur ist im Kern unsozial, denn sie belastet in besonderem Maße Familien mit Kindern und Bewohner von Mietwohnungen,

- Sie ist ökologisch fragwürdig, da sie den Grundwassererhalt und den Hochwasserschutz nicht ausreichend im Auge hat.

Den Mangel an sozialer Gerechtigkeit im bisherigen System erkennt man vor allem daran, dass die anfallenden Kosten nicht nach dem Verursacherprinzip umgelegt werden.

Die Summe der gezahlten Gebühren für das Schmutzwasser, das bekanntermaßen am Trinkwasserverbrauch berechnet wird, ist erheblich höher als die dadurch tatsächlich verursachten Kosten für das städtische Abwassersystem.

Gleichzeitig decken die augenblicklichen Gebühren für das eingeleitete Niederschlagswasser bei weitem nicht die dadurch entstehenden Kosten im Kanal- und Rückhaltesystem der Stadt.

Deshalb zahlt bis heute gerade eine Familie mit Kindern, die naturgemäß im Wasserbereich- und damit auch beim Schmutzwasser einen zwangsläufig höheren Verbrauch hat, mit 3.30 Euro Schmutzwassergebühr deutlich zu viel, während der Gewerbebetrieb oder der Supermarkt viel Niederschlagswasser über Park- und Gebäudeflächen einleitet und deutlich weniger bezahlt, als er Kosten verursacht – 45 Cent pro Quadratmeter versiegelter Fläche sind offensichtlich nach den Berechnungen der Stadtwerke zu wenig.

Nicht weniger wichtig sind uns aber auch der Umweltgedanke und der Anspruch der Nachhaltigkeit.

Wir haben zwar in unserer Region zum Glück noch kein Trinkwasserproblem, noch ist genügend Grundwasser vorhanden.

Die fortschreitende Bebauung und großflächige Versiegelung verursachen jedoch zunehmend gewaltige Probleme – vor allem langfristige Umweltschäden und gewaltige Folgekosten, die wir alle tragen müssen.

Zu wenig Versickerungsmöglichkeit bedeutet keine nachhaltige Grundwasserwirtschaft und damit eine langfristige Gefährdung des natürlichen Trinkwassers.

Gleichzeitig steigen die Hochwassergefahr und die damit verbundenen immensen Kosten für den Hochwasserschutz.
Ich erinnere nur an die kostspieligen Planungen zum Hochwasserschutz der Kommunen im Solmsbachtal.

Diese Fakten belegen eindeutig, dass wir zum Schutz des Bodens steuernd eingreifen sollten und versiegelte Flächen zumindest mit der kostendeckenden Gebühr belegen müssen.

Im Übrigen sind Gebührensatzungen, die nicht sachgerecht die Kosten verteilen auch juristisch angreifbar – auch aus diesem Grund ist diese Veränderung notwendig.

Etwas fragwürdig halten wir die Veränderung der Verzinsung des Eigenkapitals von 3 auf 2 Prozent durch den Magistratsvorschlag – das hat die Gebühren für Schmutzwasser und Niederschlagswasser abgesenkt und damit natürlich auch den verschuldeten städtischen Haushalt geschont. Das ist wohl haushaltspolitisch nachvollziehbar - zinspolitisch erscheint es uns aber eher fragwürdig, wenn man den Unterschied zur Verzinsung im Trinkwasserbereich von 4 % gegenüberstellt. Wir hätten eine 3% Verzinsung für angemessen gehalten. Die Betriebskommission hatte diesem Verzinsungsvorschlag der Stadtwerke auch zugestimmt.

Auch wenn es haushaltspolitisch schwer fällt - den finanziellen Druck auf städtebauliche Entscheidungen halten wir an diesem Punkt für notwendig.

Wir werden weiter Initiativen ergreifen, damit die Stadt als Hauptversiegeler durch öffentliche Straßen und Flächen auch in diesem Bereich ein Umdenken vollzieht und bei jeder möglichen Gelegenheit, die Umsetzung von Entsiegelungsmaßnahmen prüft und wenn möglich auch umsetzt.

Insgesamt beurteilen wir die Berechnungen der Stadtwerke als überzeugend und die Änderungssatzung für umweltpolitisch fortschrittlich.

Trotz der genannten Einwände stimmen wir deshalb dem Vorschlag zur Neustrukturierung zu.